

24.05.2023

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

Ankündigungen Taten folgen lassen – Kita-Träger in Nordrhein-Westfalen nicht im Stich lassen, sondern konsequent und schnell handeln

zu dem Antrag „**Kita-Kollaps verhindern - Kita-Rettungspaket auflegen**“

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4363

I. Ausgangslage

Bereits seit vielen Monaten beunruhigen die Rückmeldungen aus der Landschaft der Kindertageseinrichtungen (Kita) in Nordrhein-Westfalen: Finanzielle Herausforderungen wie auch der Fachkräftemangel belasten die frühkindliche Bildung. Träger wie auch Eltern zeigen an, dass die Belastungsgrenzen erreicht sind und die Tragfähigkeit des Systems der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen gefährdet ist. Sich häufende Einschränkungen bei den Betreuungszeiten und höhere Krankenstände beim Personal sind ein deutliches Indiz für den Druck, der auf den Kindertageseinrichtungen liegt. Die Hilferufe, die bereits zum Ende des letzten Jahres zu vernehmen waren, haben sich ausgeweitet. Immer mehr Träger richten ihre Appelle an die Landesregierung und fordern stärkere Unterstützung. Wird auf diese Hilferufe nur unzureichend reagiert oder bleiben sie gar unbeantwortet, muss damit gerechnet werden, dass die nordrhein-westfälische Kita-Landschaft zum Ende des Jahres 2023 vollständig kollabiert.

Die Corona-Pandemie, der Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundene Kostensteigerungen, insbesondere bei der Energie, sowie der immer verheerender werdende Fachkräftemangel stellen die Träger von Kindertageseinrichtungen vor große finanzielle Herausforderungen. Auch wenn die Landesregierung mit Blick auf die Energiekosten für eine kurzfristige Entlastung gesorgt hat, drohen mit den neuen Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst (durchschnittlichen Steigerung von etwa 11,5 Prozent bei den Löhnen sowie Sonderzahlungen) weitere finanzielle Herausforderungen für die Träger, auf die bereits Ende 2022 von mehreren Seiten (vgl. u.a. Drs. 18/1363) hingewiesen wurden.¹ Der Tarif für den öffentlichen Dienst ist der Leittarif für die Träger, der in den Kitas praktisch durchgängig zur Anwendung kommt. Daher sind die Träger nun in der Situation die entsprechenden zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellen zu müssen, so sie ihr Personal halten möchten. Die Trägerlandschaft stellt klar, dass dies ohne Unterstützung durch das Land NRW nicht realisierbar sein wird. Dies

¹ <https://www.zeit.de/news/2023-02/07/nrw-ministerin-paul-kitas-muessen-warm-bleiben>

gilt im besondere Maße für die freien Träger. So befürchtet die AWO in Dortmund, die rund 1.600 Kinder in der Stadt betreut, rund 6 Millionen Euro Mehrkosten wegen höherer Löhne und der Inflation.² Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege weisen in einem Brief an das NRW-Familienministerium darauf hin, dass insbesondere die Sonderzahlungen, die ab Juni fällig werden sollen, viele Akteure in Liquiditätsprobleme bringen werden.³ Es ist zu befürchten, dass bei Untätigkeit des Landes Eltern und Kinder erneut die Leittragenden wären, weil fehlendes Geld und fehlendes Personal die Schließung der Einrichtung zur Folge hätte.⁴

Bis jetzt bleibt die Landesregierung konsequent hinter ihren Ankündigungen zurück. Diesen folgen nicht die Taten, der es bedarf. Die neue Personalverordnung lässt auf sich warten, ebenso Eckpunkte für eine Reform des Kinderbildungsgesetzes (Kibiz). Sprach-Kitas warten nach wie vor auf die nötige Förderrichtlinie und damit auf ihr Geld wie auch, mit den anderen Kitas zusammen, auf einen gesicherten Fortbestand des Kita-Alltagshelferprogramms. Die bereitgestellten 60 Millionen Euro, um die besondere Belastungssituation abzufedern, reichen bei weitem nicht aus.

Es braucht jetzt, und keine Minuten später, eine Kraftanstrengung, die sich am Handeln des Vorgängers von Ministerin Josefine Paul orientiert. Der ehemalige Minister Dr. Joachim Stamp hat mit Beginn seiner Regierungszeit mit einer schnellen und unbürokratischen Hilfe in Höhe von einer halben Milliarde Euro die Kita-Infrastruktur in NRW vor dem Zusammenbruch bewahrt. Dieses Vorgehen hat gezeigt, dass Mittel und Wege existieren, um schnell und konsequent zur finanziellen Sicherung der frühkindlichen Bildung und Betreuung beizutragen.

Das Kibiz regelt die Grundlagen und die Finanzierung der Kindertagesbetreuung sowie die Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen, zeigt sich aber in der aktuellen Situation als nicht krisenfest. So würde die Anpassung auf Grund der Fortschreibungsrates für die Träger erst im nächsten bzw. im darauffolgenden Jahr Wirkung zeigen. Eine Revision des Kibiz ist von Nöten und muss angesichts der aktuellen Herausforderungen vor 2026 erfolgen. Allerdings darf die Ankündigung der Reform nicht über akuten Bedarf von Regierungshandeln hinwegtäuschen. Es braucht Ad-Hoc-Maßnahmen, die jetzt Entlastungen schaffen und aus denen Schlüsse für die Veränderungen im Kibiz gezogen werden können.

Die angekündigte Sicherung der Sprach-Kitas in NRW und die damit einhergehende Entlastung für die Träger dieser Einrichtungen, die Perspektive für das dort tätige Fachpersonal und Beruhigung für die Kinder und ihre Eltern, stehen trotz Ankündigung der Landesregierung aus.⁵ So warten Träger nach wie vor auf das versprochene Geld und auch auf Informationen, ob die Einrichtung als Sprach-Kita auch nach 2023 fortbestehen kann. Falls die Unterstützung ausbleibt, wird sich das fachlich besonders auf Sprachförderung ausgerichtete Personal, wenn nicht schon geschehen, anderweitig orientieren. Es zeigt sich, dass Ankündigungen Taten folgen müssen, damit alle Akteure sich auch aufeinander verlassen können.

Dies gilt auch, neben der auskömmlichen Finanzierung der Kita-Landschaft, für die Sicherung und Gewinnung von neuem Fachpersonal für die frühkindliche Bildung. Der steigende Betreuungsbedarf steht einem sich immer deutlicher verschärfenden Fachkräftemangel gegenüber. Der Jugendausschuss des Landkreistages NRW (LKT NRW) stellt in seiner Pressemitteilung

² <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/awo-kita-fuerchtet-finanzierungsprobleme-wegen-tarif-und-inflation-w734875-p-2000812153/>

³ https://rp-online.de/nrw/landespolitik/wegen-personalkosten-traeger-warnen-vor-kita-schliessungen_aid-90401387

⁴ <https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/hoher-tarifabschluss-viele-kitas-koennen-erzieherinnen-nicht-mehr-bezahlen-560555>

⁵ <https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/sprach-kitas-in-nrw-fehlt-das-versprochene-geld-vom-land-573117>

vom 17.05.2023 fest, dass er das vom nordrhein-westfälischen Familienministerium auf den Weg gebrachte „Sofortprogramm Kita“ auch nicht für ausreichend erachte.⁶ So wird gefordert, dass „geeignete Ergänzungskräfte sofort eingesetzt und berufsbegleitend qualifiziert werden“. Der Quereinstieg bietet einen Einstieg in das Berufsfeld und sollte daher weiter forciert werden.

Quereinsteiger müssen aber in der Qualifizierungsphase durch Fach- und Leistungskräfte betreut und angeleitet werden. Für diese Kräfte braucht es entsprechende Entlastungen um sich auf die Arbeit mit den Kindern gemeinsam mit den Quereinsteigern konzentrieren zu können. Das Alltagshelfer-Programm hat sich bewiesen und bietet Entlastung für die Fachkräfte. Daher muss es schnellstmöglich verstetigt werden, indem eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird. Der Einsatz von Verwaltungsfachkräften ist bereits seit geraumer Zeit im Gespräch und könnte insbesondere die Leitungskräfte entlasten, die mehr Zeit für ihr Team aber auch die Kinder in der Einrichtung haben.

Die kommenden Wochen sind entscheidend für die Kita-Landschaft in NRW. Die Landesregierung muss ein entsprechendes Signal senden. Es braucht schnelles und konsequentes Vorgehen – bei gleichzeitigem Pragmatismus, Nötiges schnell umzusetzen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Die Kita-Landschaft in NRW steht vor einem kritischen Kipppunkt.
- Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst stellen das System finanziell erneut vor eine große Herausforderung, die es nur mit Hilfe des Landes bewältigen kann.
- Angesichts des massiven Fachkräftemangels im Kitabereich müssen gesetzlicher Betreuungsanspruch und Wirklichkeit zusammengebracht werden und hierbei notwendiger Pragmatismus und Kompromissbereitschaft gezeigt werden.
- Es besteht kein Erkenntnisdefizit bezüglich schnell umsetzbarer Maßnahmen, die die finanziell und personell angespannte Lage in den Kindertageseinrichtungen entlasten könnten.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- zeitnah ein umfassendes finanzielles Rettungspaket aufzulegen, um die Kita-Infrastruktur angesichts der gestiegenen Belastungen abzusichern.
- die im Kibiz vorgesehene Dynamisierung vorzuziehen, um zusätzliche finanzielle Sicherheit bei den Trägern zu schaffen.
- die benötigte Förderrichtlinie vorzulegen und die sofortige Auszahlung der zugesagten Mittel für die Sprach-Kitas für das Jahr 2023 umzusetzen sowie den Fortbestand der Sprach-Kitas über das Jahr 2023 hinaus zu sichern.
- kurzfristig ein umfassendes Informationspaket sowie Handlungsempfehlungen für die Träger bereitzustellen, welches Aufschluss über die Möglichkeiten der aktuellen Personalverordnung, z.B. im Hinblick auf multiprofessionelle Teams, gibt und wie diese genutzt werden können.
- die angekündigte neue Personalverordnung zeitnah vorzulegen und auch über deren Möglichkeiten umfassend zu informieren.

⁶ <https://www.lkt-nrw.de/aktuelles-und-presse/alle-meldungen/jugendausschuss-des-lkt-nrw/>

- mit Blick auf diese neue Personalverordnung, den Quereinstieg für weitere Berufsgruppen zu ermöglichen und deren Einsatz in den Einrichtungen mit Hilfe einer Fachkraftquote zu regeln.
- den Trägern Musterstellenausschreibungen für Quereinsteiger zur Verfügung zu stellen.
- eine Werbekampagne aufzulegen, die sich besonders an potenzielle Quereinsteiger richtet.
- Entlastung des Leitungspersonal zu ermöglichen,
 - indem nicht notwendige Bürokratie ausgesetzt wird,
 - Verwaltungsfachkräfte eingesetzt werden können und entsprechend finanziert werden und
 - das Alltagshelfer-Programm eine gesetzliche Grundlage erhält und somit verstetigt wird.
- die angekündigte Kibiz-Reform zu beschleunigen und deutlich vor dem Jahr 2026 zu einem Abschluss zu bringen.

Henning Höne
Marcel Hafke

und Fraktion